



Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn.

Redacteur: N. Hilscher.

Bekanntmachung

die Ernteferien betreffend.
Die Ernteferien finden bei dem unterzeichneten Oberlandes-Gerichte für dieses Jahr in der Zeit vom 15. Juli bis 26. August einschließlicly statt.
Nach Inhalt der Ferien-Ordnung vom 26. Novbr. 1832 können in dieser Zeit nur diejenigen Sachen, welche einer besondern Beschleunigung bedürfen, zur Erledigung gebracht werden.

Breslau den 17. Juni 1844.
Königl. Oberlandes-Gericht.
H u n d r i c h.

Bekanntmachung

Bei dem bevorstehenden Beginn der diesjährigen Schießübungen der königl. 6ten Artillerie-Brigade auf dem Schießplatze bei Carlowitz werden Zuschauer und andere dieser Gegend nahe kommende Personen hierdurch gegen unvorsichtige Annäherung an die Schusslinie gewarnt und aufgefordert den Anweisungen der angestellten Distanciers, so wie der Polizei-Offizianten und Gensd'armen, bei Vermeidung sonstiger Ordnungsstrafe, unbedingt Folge zu leisten.

Breslau den 19. Juni 1844.
Königl. Polizei-Präsidium.

Uebersicht der Nachrichten.

Die schlesische Presse. Verordnung wegen Anordnung eines Handelsrathes und Errichtung eines Handelsamtes. Schreiben aus Berlin. Aus Magdeburg. Aus Köln. Aus Barmen. — Badensche Kammer-Verhandlungen. Aus Dessau — Aus Wien. — Aus Paris. — Aus London (der Polenball; Graf Stronski.) — Aus der Schweiz. — Aus Athen. — Aus Newyork.

Die schlesische Presse.

Erster Artikel.

Die Zeitungen sind die Schweremesser der politischen Atmosphäre; sie steigen, wenn letztere leichter und beglücklicher wird, sie fallen, wenn das Land, wo sie erscheinen, unter politischem Drucke seufzt. In Ländern, wo keine Censur herrscht, ist aus der periodischen Presse die politische Bildung des Volkes selbst in ihren feineren Schattirungen zu erkennen. Wo Censur waldet, kann man dagegen aus den öffentlichen Blättern nur annäherungsweise auf die politische Bildung des Volkes schließen, weil dabei erst die Individualität des jedesmaligen Censurs und die Intentionen der Regierung in Erwägung gezogen werden müssen. Es wäre aber abgeschmackt zu behaupten, daß bei der Censur einer aufgeklärteren Regierung die Zeitungen nicht wenigstens ein ähnliches Bild der öffentlichen Meinung darstellen, oder umgekehrt, daß die Tagesblätter keinen Einfluß auf die Bildung des Volkes äußern könnten. Das Gegentheil liegt zu Tage und ist in Preußen, mindestens seiner zweiten Hälfte nach, sogar durch Aeusserungen des Kabinetts anerkannt. Kann die Presse auch nicht alles sagen, was sie will, so liegt es doch nur an ihr, wenn sie nicht alles sagt, was sie darf, oder mit andern Worten: wenn sie sich nicht müht, in ihrem Kreise und den ihr von der Censur angewiesenen Schranken die politische Bildung des Volkes zu fördern. Was die schlesische Presse in dieser Hinsicht leistet und was sie nicht leistet, in einer übersichtlichen Fassung unseren Lesern vorzuführen, sei der Vorwurf dieser Skizze.

Die periodische Presse Schlesiens wird in diesem Augenblicke von 2 politischen Zeitungen, 3 Provinzialblättern, 4 theologischen, 4 pädagogischen, 3 technischen, 2 speziellen Zwecken dienenden, 3 allgemein wissenschaftlichen Zeitschriften, 48 Communal- und Wochenblättern, 25 Verordnungs- und Intelligenzblättern, 3 Amtsblättern und 1 Theaterblatte, in Summa von 98 öffentlichen Blättern repräsentirt, wovon auf die Hauptstadt allein 2 politische Zeitungen, 3 Provinzialblätter, 3 theologische, 2 pädagogische Zeitschriften, 2 Unterhaltungsblätter, 1 Theaterblatt, 1 spezielle Zwecke verfolgendes Blatt, 1 Amtsblatt: im Ganzen 15 periodische Schriften kommen.

So dicht geschlossen auch diese Phalanx von beinahe 100 der Volksaufklärung gewidmeten Blättern scheint, so vermisst man doch schmerzlich, daß die höhere Wissenschaftlichkeit, von Universtität und gelehrten Schulen repräsentirt, durch kein einziges gelehrtes Blatt vertreten wird. Nicht minder bedauernd ist es, daß ganz Schlesien keine einzige schönwissenschaftliche Zeitschrift besitzt, da doch gerade von jeher eine Menge Schlesier das Feld der Belles lettres angebaut haben.

Theilen wir nun die periodische Presse Schlesiens in sich selbst bildende Gruppen, so nehmen mit Recht die beiden in der Hauptstadt erscheinenden Zeitungen den ersten Rang ein, da sie sich nicht allein einer allgemeinen Verbreitung in der Provinz erfreuen, sondern auch in ganz Preußen und dem gesammten deutschen Vaterlande gelesen werden — kommt doch die schlesische Zeitung bis in das ferne Moskau. Die Schlesische Zeitung, von Friedrich dem Großen 1741 privilegirt und seit jener Zeit ununterbrochen bestehend, hat seit dem Jahre 1836 mit dem Beginn der Redaction Schön's, namentlich aber seit dem Jahre 1840 nach den Verordnungen Friedrich Wilhelms IV., welche die preussische Presse von ihren drückendsten Fesseln befreiten, einen neuen Aufschwung genommen, indem sie ihre Spalten einer freieren Besprechung der fremden und heimischen Verhältnisse öffnete, so weit ihr dies von der Censur gestattet wurde, ganz besonders aber ihre Aufmerksamkeit der verfassungsmäßigen Entwicklung und Ausbildung des Bürgerthums in seinen mannichfaltigen Richtungen zuwendet, ohne dabei die Erörterung allgemeiner Zeitfragen hintenanzusetzen. Sie strebt nach Pressefreiheit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Rechtsverfahren, größerer Repräsentation des Volkes durch Herbeiführung vermehrter Bildung, größerer Sittlichkeit und Weckung des Gemeinfinns in den Städten und auf dem Lande. Ihrer Tendenz nach huldigt daher die schlesische Zeitung dem geselligen, auf vorwärtsblickende, aber geschichtlich begründete Weltanschauung basirten Fortschritte, unbekümmert darum, ob sie deshalb von der „guten“ zur „schlechten“ Presse, gezählt werde.

Neben der schlesischen Zeitung steht seit 1820 die Breslauer Zeitung. Als die bekanntesten, oben erwähnten Pressegesetze erschienen waren, betrat dieses Blatt nach einigen Schwankungen, unterdessen es ungewiß war, ob die Breslauer Zeitung ein Mittel zum Fortschritte oder ein Werkzeug der Reaction werden würde, denselben Weg, welchen wir oben als den von der schlesischen Zeitung eingeschlagenen bezeichnet haben. Auch sie huldigt dem geselligen Fortschritte und sucht, so wie ihre ältere Schwester, auf alle Weise der politischen Entwicklung der Provinz fördernd zur Seite zu stehen. Man hat ihr den Vorwurf machen wollen, daß sie in jüngster Zeit communisticchen Ideen Raum gegeben habe, indessen wohl mit Unrecht; daß sie durch die Besprechung von Uebelständen unserer socialen Welt, wenn auch einige ihrer Artikel in dieser Hinsicht etwas extrem gewesen sein mögen, manchen Nutzen gestiftet hat, giebt Jedermann gern zu und wird sie deshalb keine Zeitung nennen, die communisticchen Ideen huldige, zumal sie sich zur rechten Zeit aus der allzugroßen Nähe der Extreme zurückgezogen hat. Aber ein anderer Umstand sollte aufmerktsamen Lesern nicht entgangen sein, der eher eine Kritik verdiente: die Breslauer Zeitung vertheidigt unumschränkte Gewerbefreiheit im Lande und Schutzzölle nach außen; sie redet den Fabrikanten das Wort, und den Arbeitern nicht minder; ist dies nicht ein Widerspruch im Princip? Wenn wir auch bei der Gestaltung unserer Presseverhältnisse nicht verlangen können, daß in einer Zeitung immer nur dieselbe Meinung laut werde, so muß man doch von einer gewissenhaften Redaktion fordern, daß sie solche Auffäge, welche den einmal angenommenen Principien widersprechen, nur darum aufnehmen, daß sie widerlegt werden; geschieht dies nicht von Anderen, so muß es die Redaktion selbst thun, damit die Zeitungsläser nicht auf den Gedanken kommen, sie sei mit sich selbst uneins.

Wie die Sache jetzt steht, wirken die beiden in Breslau erscheinenden Zeitungen mit einander, und möchte das zwischen ihnen obwaltende gute Vernehmen bei der Verfolgung im Ganzen gleicher Zwecke nicht sobald gestört werden, da sich beide eines zahlreichen Leserkreises

erfreuen und daher ein Abonnentenpressen von keiner derselben veranstaltet wird, sondern beide nur darin einen gleichen Sporn finden, volksthümlich zu sein.

Man erkennt in Schlesien bereits mannigfache gute Wirkungen der politischen Provinzialpresse: Vorurtheile schwinden, die Stände nähern sich im Gefühl ihrer staatsbürgerlichen Rechte, der Gemeinfinn und mit ihm die wahre Vaterlandsliebe sind im Zunehmen begriffen. Alles dieses kann man mit Recht — ohne anderen Bildungsmitteln zu nahe zu treten — hauptsächlich auf Rechnung der gesinnungstüchtigen provincieellen Presse setzen. Die Einwohner der Provinz erkennen aber auch den Werth der durch die Zeitungen gewährten, anregenden Oeffentlichkeit vollkommen an und haben die Blätter, worin sie ihnen geboten wird, achten gelernt, weil sie finden, daß sie sich nur mit dem Wohle der Provinz beschäftigen. Diese Achtung würden sie nicht genießen, wenn die öffentliche Meinung der Provinz nicht wirklich in den Zeitungen repräsentirt wäre. Nur dadurch, daß sie den Geist der Zeit so treu als möglich abspiegeln, daß sie die Sache des Landes zu der ihrigen machen, haben sie ihren bedeutenden Einfluß begründet. Durch die moralische Kraft der von den Zeitungen möglichst treu ausgesprochenen öffentlichen Meinung angezogen, haben sich Mitarbeiter aus den Gebieten aller Stände — vom schlichten Bürger bis zu den höheren Beamten — ihnen angeschlossen, um vereint für das Wohl ihrer Mitbürger zu wirken. Die Vorwürfe, welche von einer gewissen Seite her noch vor wenig Jahren einer freisinnigen Zeitung gemacht wurden, daß nämlich ihre Mitarbeiter aus unerfahrenen, aufgeblasenen, durch das Examen gefallenen, jungen Menschen beständen, hätte die schlesische Presse stets mit Protest zurückweisen können; sie kann im Gegentheil versichern, daß durch ihre Vermittelung erfahrene Männer von allen Fächern ihre Musestunden dem öffentlichen Dienste weihen und durch sie zu ihren Mitbürgern sprechen.

Daß die schlesischen Publicisten an der fortschreitenden Bewegung der Zeit seit dem Jahre 1841 keinen unbedeutenden Antheil genommen, fast keine allgemeine wichtige Frage unerörtert gelassen und öfters zuerst besprochen haben, wird am besten eine jetzt unter der Presse befindliche, über zwanzig Bogen starke Schrift beweisen, welche eine Reihe seither erschienener Aufsätze schlesischer Publicisten im Zusammenhange der Oeffentlichkeit übergeben wird.

Wenn die hiesigen Zeitungen daher noch nicht Alles leisten, was sie wohl möchten, so liegt der Grund mehr in der Ungunst der Verhältnisse. Viele, die vermöge ihrer Stellung und Einsicht berufen wären, ein bedeutendes Wort öffentlich mitzusprechen, mögen ihre Gedanken der Censur nicht unterwerfen und werden so der wirksamen, periodischen Presse entzogen. Der Wunsch dürfte daher ein gerechter zu nennen sein, daß die Presse bald ihre Probezeit überstanden haben möge, um ihre segensreiche Wirksamkeit freier entfalten zu können. Dr. Behnisch.

Inland.

Berlin, 19. Juni. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Kaufmann und Tuchfabrikanten Emil Friedrich Wilhelm Prätorius in Berlin und dem evangelischen Pfarrer Werner zu Konradswaldau, im Kreise Brieg, den rothen Adlerorden vierter Klasse, so wie dem Unteroffizier und Bataillons-Lambour Salzmänn vom 1sten Bataillon (Breslau) 10ten Landwehr-Regiments, die Rettungs-Medaille mit dem Bande zu verleihen; dem zum dirigirenden Arzte der geburtshülftlichen Klinik und der Klinik für syphilitische Krankheiten in dem Charité-Krankenhaus hier selbst, so wie zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der hiesigen Universtität ernannten Sanitäts-Rath Dr. Schmidt aus Paderborn den Charakter eines Geheimen Medizinal-Raths beizulegen, und den Rittergutsbesitzer und Kreis-Deputirten Gottwald auf Magdorf bei Kreuzburg zum Director und Mitgliede des Kredit-Instituts für Schlesien zu ernennen.

Der Justiz-Commissarius Gottlieb Eduard Puhlski zu Rybnik ist zugleich zum Notarius im Departement des königl. Oberlandes-Gerichtes zu Ratibor ernannt.

und der Justiz-Commissarius Engelhardt zu Wollstein zugleich zum Notarius im Departement des Oberlandes-Gerichts zu Posen bestellt worden.

Die heute ausgegebene Nummer der Gesefsammlung (16.) enthält nachstehende Verordnung wegen Anordnung eines Handelsraths und Errichtung eines Handelsamts:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u. haben in landesväterlicher Fürsorge für die Interessen des Handels und der Gewerbe beschloffen, einen Handelsrath unter Unserem unmittelbaren Vorsitze anzuordnen, und ein Handelsamt, mit welchem das statistische Bureau verbunden werden soll, zu errichten, und verordnen zu dem Ende, was folgt; §. 1. Im Handelsrathe sollen unter Unserem Vorsitze die wichtigeren Angelegenheiten des Handels und der Gewerbe, mit Einschluß der Schiffahrt, nachdem solche in den betreffenden Ministerien unter Mitwirkung des Handelsamts (§. 3.) vollständig vorbereitet worden sind, verathen und zu Unserer Entscheidung gebracht werden. Es gehören dahin alle, auf jene Angelegenheiten bezügliche allgemeine Maafregeln, namentlich die Entwürfe zu Gesetzen über Handel und Gewerbe, Veränderungen des Zolltarifs, Handels- und Schifffahrtsverträge mit auswärtigen Staaten, Einrichtungen im Innern zur Belebung des Verkehrs und der Industrie u. Wegen derjenigen dieser Angelegenheiten, welche noch eine weitere Vorbereitung im Staatsministerium oder im legislativen Wege erfordern, werden Wir, bevor Wir über dieselben entscheiden, das Erfordernis besonders anordnen. §. 2. Der Handelsrath besteht aus: 1) dem Minister, welcher in Unserm Kabinete den Vortrag in Handels- und Gewerbesachen hat, 2) dem Kabinetminister für die auswärtigen Angelegenheiten, 3) dem Finanzminister, 4) dem Minister des Innern, 5) dem Justizminister, und 6) dem Präsidenten des Handelsamts (§. 4.). Die Mitwirkung des Justizministers tritt nur bei legislativen Gegenständen ein. Sollten Wir den Vorsitz im Handelsrathe Selbst zu führen verhindert sein, so leitet der älteste der anwesenden Staatsminister die Berathung; das Resultat derselben muß Uns in diesem Falle mittelst Vorlegung des Protokolls angezeigt werden. §. 3. Das Handelsamt ist bestimmt, zu fortwährender Erhaltung einer vollständigen Uebersicht über den Zustand und Gang des Handels und der Gewerbe die nöthigen Nachrichten zu sammeln, und mittelst derselben die nach §. 1. vor den Handelsrath gehörenden Angelegenheiten vorzubereiten. Demselben steht aber eine Theilnahme an der Verwaltung des Handels- und Gewerbewesens nicht zu; diese verbleibt den dafür gegenwärtig angeordneten Behörden, und wird in den hierauf bezüglichen Geschäfts-Verhältnissen der Handelskammern und kaufmännischen Korporationen zu dem Finanz-Ministerium und dessen Abtheilung für Handel und Gewerbe u. nichts geändert. §. 4. Dem Handelsamte steht ein Präsident vor, welchem das zu seiner Hilfe erforderliche Personal beigegeben wird. Derselbe leitet die sämtlichen Geschäfte des Handelsamts selbstständig und unter eigener Verantwortlichkeit. Im Handelsrathe steht ihm, gleich jedem anderen Mitgliede, eine Stimme zu, und er kann daher auch verlangen, daß seine von der Mehrheit abweichende Ansicht, wenn Wir der Berathung nicht Selbst beiwohnen, zu Unserer Entscheidung besonders vorgetragen werde. §. 5. Der Präsident des Handelsamts hat sich in einer stets lebendigen Kenntniß von den Verhältnissen des Handels und der Gewerbe, deren Bedürfnissen und der zu ihrer Abhilfe geeigneten Mittel, so wie in einem steten Wechselverkehre hierüber mit den betreffenden Ministerien zu erhalten. — Letztere, wie ersterer, haben die Befugniß, in Beziehung auf dergleichen, in ihrem Geschäftskreise sich kund gebenden Bedürfnisse, gutachtliche Vorschläge im Handelsrathe zur Sprache zu bringen. §. 6. Der Präsident des Handelsamtes beruft, wo es zur Erörterung wichtiger Fragen nöthig erscheint, im Einverständnisse mit den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten und der Finanzen sachkundige Männer, nach Befinden, aus allen oder aus einzelnen Provinzen der Monarchie zu gemeinsamer Berathung, führt hierbei den Vorsitz und schließt die Versammlung, sobald er sich über den Gegenstand hinreichend unterrichtet findet; förmliche Abstimmungen und Beschlüsse finden bei dieser, bloß informatorischen Berathung nicht statt. §. 7. Die Handelskammern und Vorstände der kaufmännischen Korporationen haben aus den verschiedenen Zweigen des Handels und der Gewerbe und ohne Beschränkung auf eine gewisse Zahl Männer, zu deren Einsichten, Sachkenntniß und Character sie besonderes Vertrauen haben, dem Präsidenten des Handelsamts namhaft zu machen. Dieser hat sogleich, nachdem das Handelsamt in Wirksamkeit getreten ist, jene Behörden und Vorstände aufzufordern, ihm Verzeichnisse hierüber einzureichen, wegen deren periodischer Ergänzung oder Erneuerung besondere Anordnungen ergehen wird. Der Präsident des Handelsamts hat aus diesen Verzeichnissen für jeden einzelnen Fall der im §. 6. erwähnten Berathungen die geeigneten Personen auszuwählen; doch bleibt ihm vorbehalten, auch andere sachkundige Männer des Inlandes zu den Berathungen zuzuziehen. Sollten Fälle eintreten,

wobei es auf Detail-Kenntnisse eines zur Berathung vorliegenden speziellen Gegenstandes ankömmt, die sich bei den von den Handelskammern und Vorständen der kaufmännischen Korporationen namhaft gemachten Männern nicht voraussetzen lassen, so hat der Präsident des Handelsamts die genannten Behörden aufzufordern, für diesen Fall sachkundige Männer besonders zu bezeichnen. §. 8. Alle Behörde des Inlandes, insbesondere die Handelskammern und die Vorstände der kaufmännischen Korporationen, imgleichen die im Auslande befindlichen Konsulate, sind verpflichtet, dem Präsidenten des Handelsamts auf Erfordern Auskunft zu geben. Von allen Vorgängen, welche für den Handel und die Gewerbe von erheblichem Interesse sind, von den in den Ministerien periodisch angefertigten, auf den commerziellen und gewerblichen Verkehr Bezug habenden statistischen Uebersichten, Nachweisungen und Zusammenstellungen, imgleichen von den Verwaltungs-Berichten der Provinzialbehörden über Handel und Gewerbe ist dem Präsidenten des Handelsamtes durch die Ministerien von Amts wegen Mittheilung zu machen; derselbe hat dagegen auch sämtlichen Ministerien auf Erfordern über Handels- und Gewerbegegenstände Auskunft zu ertheilen. §. 9. Bei den Berathungen des Staatsministeriums über die demselben nach §. 1. überwiesenen Angelegenheiten ist der Präsident des Handelsamts jederzeit zuzuziehen und mit seiner gutachtlichen Ansicht zu hören, welche in den an Uns zu erstattenden Berichten besonders zu erwähnen ist. §. 10. Das statistische Bureau wird mit dem Handelsamte verbunden, und als eine besondere Abtheilung desselben, unter der oberen Leitung des Präsidenten des Handelsamtes, von einem eigenen Direktor verwaltet. Die Bestimmung des statistischen Bureaus bleibt übrigens unverändert, und soll dasselbe den allgemeinen statistischen Zwecken auch ferner in der bisherigen Ausdehnung dienen. Der Präsident hat aber dahin zu wirken, daß die bei diesem Bureau gesammelten Materialien für Kenntniß der Handels- und Gewerbsverhältnisse nutzbarer werden. §. 11. Das Handelsamt wird mit dem 1. September d. J. in Wirksamkeit treten. Urkundlich unter Unserer höchstseigenen Unterschrift und beigebedrucktem königlichen Insigne.

Gegeben Berlin den 7. Juni 1844.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.
Müller. v. Thile. Febr. v. Bülow. v. Bodelschwingh. Gr. v. Arnim. Flottwell.

Ferner enthält dieselbe Nummer der Gesefsammlung eine Verordnung vom 10ten v. M., wonach die zur Bestellung des Militär-Vorstands Verpflichteten auf Erfordern die an sich dem Vorstand unterworfenen Pferde auch zum Reiten zu stellen haben. Es muß jedoch in solchen Fällen das Sattel- und Zaumzeug in der Beschaffenheit, wie der Vorstandspflichtige es besitzt, angenommen werden.

Der eigentliche Anfang zum Bau der neuen Luisenstädtischen Kirche hat auf Allerhöchsten Befehl am 17ten d. M. begonnen. Besondere Feierlichkeiten fanden dabei nicht statt.

(Magd. Z.) Schon zu verschiedenen Zeiten ist das Gerücht aufgetaucht, daß einem hiesigen jungen Gelehrten die Concession zu einer politischen Zeitung zu Theil geworden sei. Man hat dem oft widersprochen; allein es verlautet aus sehr guter Quelle, daß dem in der That so sei und daß das Unternehmen bald mit großen geistigen und materiellen Kräften ausgerüstet ins Leben treten werde. Bisher hatte der künftige Redacteur seine Unterstützung einer hiesigen Zeitung zu Theil werden lassen.

*+ Schreiben aus Berlin, 17. Juni. — Unsere Presse, besonders die politische, wird täglich persönlicher. Wo irgend ein sachliches Interesse, eine gewisse Partei-rücksiht vertreten wird, forschet man sogleich nach der Persönlichkeit, von welcher eine solche Vertretung ausgeht, und sucht ihre Geschichte zu ergründen. Kann man dahin nicht gelangen, so wird der Angriff auf irgend Jemand, den man dabei theilhaftig glaubt, so lange fortgesetzt, bis es zu Erklärungen kommt, die entweder der Absicht genügen oder zu weiteren Nachforschungen veranlassen. In solchen persönlichen Streitigkeiten, die über das Verhältnis der Parteien oft gar nichts entscheiden, sind wir den übrigen, politisch gebildeten Völkern Europa's weit voraus. In Frankreich, noch mehr in England, läßt man in der Regel die Person, welche in der Presse eine Parteifrage vertritt oder bekämpft, ganz aus dem Spiele; anders verhält man sich in derselben Presse gegen die im öffentlichen Leben irgendwie hervortretenden Charaktere. Ihnen wird jeder Augenblick ihres Lebens nachgerechnet und fortwährend die Summe des Calculs vor Augen gehalten. Umgekehrt stellt sich das Verhältnis bei uns. Die Männer, welche hier irgendwie eine offizielle Stellung einnehmen, können von der Presse in der Regel nur nach einer Richtung hin kritisiert werden. Wenn sie ein politisches Prinzip haben und es befolgen oder bei Gelegenheit aufgeben, um sich einem neuen anzubehalten, so geht das in unserer öffentlichen Meinung zwar nicht spurlos vorüber, aber die Presse vergißt es doch auf die Dauer, weil sie mit näher ihr angehörenden Persönlichkeiten zu

thun hat. Während die eigentlich öffentlichen Charaktere, die in Frankreich und England mit der Verwaltung der Angelegenheiten betraut sind, den Gegenstand der genauesten Forschung von Seiten der Presse bilden, die Leiter derselben aber gegenseitig wenig Notiz von ihren Privatverhältnissen nehmen, achtet unsere Presse auf nichts so sehr, als von wem diese oder jene Zeitung redigiert wird, dieser oder jener Artikel geschrieben ist, und läßt die in den Staatsgeschäften stehenden Personen Ansichten hegen oder Umwandlungen eingehen, welche sie mögen. In England und Frankreich trifft kein Vorwurf peinlicher, als wenn ein Staatsmann oder öffentlicher Charakter der Apostasie bezüchtigt wird, in Deutschland erstrecken sich solche Vorwürfe zur Zeit nur auf die Zeitungsschreiber. Von ihnen verlangt man Festigkeit des Charakters, Reinheit der Sitten, Treue der Ueberzeugung, Verläugnung äußerer Vortheile, und wie alle die trefflichen Eigenschaften sein mögen, welche die Achtung eines wahrhaft großen und erhabenen öffentlichen Charakters bedingen. Fragen wir nach dem Grunde, aus welchem dieses umgekehrte Verhältnis zwischen uns und unsern Nachbarn erklärt werden mag, so liegt er vielleicht nur darin, daß unser politisches Parteeleben bis jetzt noch vorherrschend oder einzig und allein in der Presse repräsentiert wird, und daß man in den öffentlichen Verhältnissen und in offizieller Stellung zum Staate nur eine politische Ueberzeugung hegen darf. Wenn daher die Presse oft mit so vorwaltender Heftigkeit die Persönlichkeiten hervorzieht, die in irgend einem ihrer Winkel ein behagliches Dasein glauben aufgefunden zu haben, wenn sie alle ihre Mittel gebraucht, um an die Vergangenheit solcher Individuen zu erinnern, so erscheint das nur deshalb gerechtfertigt, weil in der Presse sich das ganze politische Parteeleben der Nation sammelt, und die einzelnen Zeitungsschreiber gleichsam den Sack bilden, den man schlägt, während man den Esel meint. — Mögen diese Betrachtungen als Vorläufer zu einigen folgenden Rück Erinnerungen angesehen werden, die sich an Personen knüpfen sollen, deren gegenwärtiges Auftreten in der politischen Presse gewisse Fingerzeige enthält, wenn man es mit ihrer Vergangenheit vergleicht.

Posen, 13. Juni. (D. N. Z.) Mit unserer Erzbischofswahl geht es nicht so rasch vorwärts, als man hier hoffte; die allerhöchste Limitation der Candidatenliste ist noch immer nicht eingetroffen und dürfte, nach der Meinung Wohlunterrichteter, vielleicht auch noch längere Zeit ausbleiben, da bei den jetzt herrschenden religiösen oder vielmehr hierarchischen Strömungen in allen Schichten der politischen Atmosphäre das Verwaltungssystem des neuen Erzbischofs von unberechenbarem Einflusse sein wird. Die Regierung hat daher vollen Grund, jede Persönlichkeit genau in die Wage zu legen, damit ein Mißgriff ihr nicht später große Inconvenienzen bereite. Vermuthlich hält sich auch lediglich aus diesem Grund unser Oberpräsident noch fortwährend in Berlin auf. — Unsere Eisenbahn-Deputation ist aus Berlin zurückgekehrt, ohne uns viel Trost mitzubringen. Sie hatte aber auch grade den ungünstigsten Zeitpunkt für ihr Vorhaben gewählt, denn die dormalige Krisis an der Berliner Börse muß die Centralregierung in Ertheilung neuer Bahnconcessionen vorsichtig machen. So ist denn die Aussicht, in Zukunft einmal Posen durch Eisenwege mit Breslau und Berlin verbunden zu sehen, uns zwar nicht benommen, für die nächsten Jahre dürfen wir aber auf die Ausführung des Werks durchaus nicht rechnen.

Magdeburg, 17. Juni. (H. N. Z.) Die Vereine gegen den Branntwein haben in unserer Provinz eine ganz verschiedene Ansicht in ihrer Aufgabe. Während die Einen den Branntwein als Genußmittel gänzlich verbannen und zu diesem Zwecke Enthaltensvereine sein wollen, erklären die andern, z. B. eine Gesellschaft aus dem Kreise Calbe, die sich monatlich ein Mal in Gnadau zu freier Besprechung von Zeitfragen zusammensindet, sich für Mäßigkeitvereine. Diese letztere Gesellschaft erkennt es als ihre Aufgabe, durch geeignete Mittel „Trunkenbolde zu retten, die Schmach, die auf der Trunkenheit liegt, im Volksbewußtsein zu mehren, dem Vorurtheil, daß der Branntwein ein unentbehrliches Genußmittel sei, entgegen zu arbeiten, die Jugend vor diesem Genuß zu bewahren.“ Ob durch Anstreben dieses Zieles etwas zu erreichen möchte nicht zu bestreiten sein. Wird aber durch ein Anempfehlen bloßer Mäßigkeit im Branntweingenuße der moralischen Kraft des gemeinen Mannes, das rechte Maaf zu treffen, nicht zu viel zugemuthet? Entschieder wird ein Verein in Magdeburg auftreten, der, wie man hört, sich mit Mächstem zu constituieren vorhat. Offenbar will der Gnadauer Verein ganz passende Mittel anwenden, um einem allgemeinen Bedürfnisse des Menschen, sich nämlich durch irgend etwas aus dem alltäglichen Zustande herauszuziehen, der nicht immer befriedigt, entgegenzukommen. Das sind besonders geistige Interessen. „Das was gut, edel und schön ist muß allen Menschen zugänglich gemacht werden, damit es das Gemüth ergreife und deshalb über den schalen Zustand eines rein irdischen, nichtsnutzigen

Dahinlebens erhebe.“ Der Sinn für höhere, geistige Interessen macht alsdann von innen heraus die Uebertreibungen und Bersündigungen in sinnlichen Genüssen unmöglich. Um diesen Sinn für Besseres, ein edles Selbstgefühl im Volke zu erwecken, finden sie ein Mittel darin, daß sich die höheren Stände mehr als bisher unter die niedern mischen, an ihren Belustigungen Theil nehmen, Volksfeste, wo sie noch bestehen, durch ihre Theilnahme beleben, oder solche veranstalten; Gelegenheiten veranlassen, wo sich die verschiedenen Stände im Vertrauen einander nähern und über allgemeine menschliche Angelegenheiten aussprechen können.“ Zu gleichem Zwecke bieten sich noch Vereine zur Verbreitung von Volkschriften, Fortbildungs-Anstalten für die Volksjugend u. dgl. dar und in diesen Mitteln möchte alsdann zugleich eine kräftige Abwehr gegen den Unfug des Branntweins liegen. Diesen Unfug mit allem seinen Elende im Gefolge lernt man zu seinem Schrecken aus den Akten der Armenverwaltungen kennen. Würde man der Branntweinsvöllerei kräftig steuern, die Armenklassen der Communen würden nicht in so steigender Progression wie bisher in Anspruch genommen werden.

Bernau, 17. Juni. (Spen. 3.) Gestern wurde uns das hohe Glück zu Theil, Se. Majestät den König in unserer Stadt zu begrüßen. Se. Majestät traf nach 4 Uhr Nachmittags mit einem Extrazuge, von Stettin kommend, hier ein, und hatte die Gnade, der an ihn gerichteten Bitte zu willfahren, vom hiesigen Bahnhofe aus unsere Stadt zu besuchen. Um dem Tage ein bleibendes Andenken zu stiften, wurde heute in der Stadtverordneten-Versammlung beschloffen, daß fortan für die Dauer der Regierung Sr. Majestät an jedem wiederkehrenden 16. Juni aus städtischen Mitteln die hiesigen Stadtpfaffen und Hospitaliten öffentlich gespeist werden sollen.

Köln, 15. Juni. (Köln. 3.) In der Sitzung des hiesigen Assisenhofes vom 8ten d. Mts. wurde ein Fall verhandelt, der wegen hier fast unerhörter Seltenheit und als das erste zur Beurtheilung des Geschwornengerichts gelangte Vorkommniß ähnlicher Art Aufmerksamkeit erregte. Im December vorigen Jahres entdeckten zwei Bahnwärter der rheinischen Eisenbahn, als sie früh Morgens in der Dämmerung die Fahrstrecke zwischen Köln und Müngersdorf revidirten, eine sogenannte Pioche oder Hake und in einiger Entfernung davon einen sechs Fuß langen schweren Hebebaum welche augenscheinlich mit Vorsatz dergestalt quer über die Schienen der Fahrbahn hingelegt waren, daß der, eine Stunde später von Köln nach Aachen fahrende Zug dadurch unfehlbar aus den Schienen geworfen sein würde. Der Verdacht wegen dieses so glücklicher Weise noch zeitig gewahrten, überaus gefährlichen Subenstücks fiel gleich auf den 21jährigen F., Ackerknecht in dem benachbarten Dorfe M., einen vormaligen Arbeiter an der Eisenbahn, der wegen Ordnungswidrigkeiten seiner Zeit verabschiedet, Drohungen kund gegeben und erst Abends vorher noch den Versuch gemacht hatte, gegen ein altes, ungünstiges Büllet die Fahrt auf der Bahn von Müngersdorf nach Köln mitzumachen, jedoch zurückgewiesen worden war. Fußstapfen, die sich am Orte des Frevels zeigten, führten bald näher auf die Spur, da sie zu den in Beschlag genommenen Stiefeln des Verdächtigen bei sorgfältiger Vergleichung so vollkommen passend gefunden wurden, daß man die Ueberzeugung gewann, sie könnten nur von diesen Stiefeln herühren. Andere aus der gerichtlichen Untersuchung hervorgehende Umstände vermehrten den Verdacht gegen den bereits wegen Diebstahls bestrafte F. — in dem Maße, daß derselbe unter der Anklage „am 28. December 1843 vorsätzlich auf der Fahrbahn der rheinischen Eisenbahn zwischen Köln und Müngersdorf zwei hölzerne Werkzeuge auf die Schienen hingelegt und durch diese Hindernisse den Transport auf der Bahn absichtlich in Gefahr gesetzt zu haben“ vor den Assisenhof verwiesen wurde. Die Geschwornen erklärten den Angeklagten nach Inhalt der Anklage für schuldig, vorsätzlich die fraglichen Werkzeuge auf die Schienen hingelegt und durch diese Hindernisse den Transport auf der Bahn in Gefahr gebracht zu haben; fanden es jedoch nicht erwiesen, daß er die Gefahr auch absichtlich habe herbeiführen wollen. Der Gerichtshof verurtheilte hierauf den F. — unter Anwendung des §. 1 der Verordnung wegen der Bestrafung der Beschädiger der Eisenbahnanlagen vom 30. November 1840 zu fünfjähriger Zuchthausstrafe. Der Eindruck, den diese Entscheidung hervorbrachte, war in jeder Beziehung ein günstiger, und der umsichtige Ernst, so wie die Strenge, womit die Geschwornen ein so sehr gemeingefährliches Verbrechen behandelten, fanden verdiente Anerkennung. Der ganze Fall aber dürfte Böswilligen zum warnenden Beispiel dienen und hoffentlich hier nie wieder vorkommen.

Aachen, 15. Juni. (Nach. 3.) Wir vernehmen, daß das Comité der Aachen-Maastrichter Eisenbahn beabsichtigt, von der vorläufig durch den Herrn Finanzminister ertheilten Autorisation zur Ausschreibung der ersten 10 Prozent auf die Actienzeichnung, binnen kurzer Zeit Gebrauch zu machen.

Am 3ten d. hielt der hiesige Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit eine Bezirksversammlung. Aus dem Berichte des Herrn Präsidenten Hansmann entnehmen wir, daß nach Abzug der Passiva mit 1,219,025 Thlr. von den Activis sich ein Kapitalvermögen des Vereins von 122,284 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. herausstellte. Der Vorstand wurde ermächtigt, Spar- und Prämien-Kassen auch außerhalb des Regierungs-Bereichs Aachen in der Rheinprovinz zu errichten.

Eberfeld. Die hiesige Zeitung vom 16ten enthält eine Erklärung der bergischen Bibel-Gesellschaft, betreffend das Rundschreiben des Papstes vom 8. Mai d. J., in welchem über alle Bibel-Gesellschaften die Verdammniß ausgesprochen wird.

Preussisch Oldendorf, 10. Juni. (Eberf. 3.) Im Paderbornschen dürfen die evangelischen Geistlichen die katholischen Kirchhöfe nicht betreten, sondern müssen vor dem evangelischen Trauerhause dem katholischen Pfarrer die evangelische Leiche übergeben, der sie dann allein begleitet und nach katholischem Ritus bestattet. Die katholischen Pfarrer berufen sich dabei auf bischöflichen Befehl.

Von der Saale, 8. Juni. (N. C.) Nach einer Privatmittheilung aus Prag ist Schuselka's Prozeß beendet und derselbe zur Festungsstrafe (Munkatsch) verurtheilt worden.

Deutschland.

Dresden, 15. Juni. — Dehlenschläger ist mit seinem Sohne heute früh auf dem Dampfboote Bohemia nach Prag wieder abgereist, von wo er sich nach Wien und von da auf eine längere Reise über Salzburg, München, den Rhein entlang, nach Brüssel und Paris und alsdann über Hamburg in sein Vaterland zurückbegeben wird.

Karlsruhe, 13. Juni. (Mannh. Abdz.) In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer richtete der Frhr. Heintz v. Andlaw an die Ministerbank die Frage, wie es sich mit der neuerlich wieder in der zweiten Kammer angeregten, und diesmal auch von dem Ministerial-Director und Abg. Regenauer für erwähnungswerth erklärten Aufhebung der Universität Freiburg verhalte? Aus dem Gang der Verhandlungen sei nur in Kürze erwähnt, daß der Präsident des Ministers des Innern, Staatsrath Frhr. v. Rüdte die Erklärung abgab: die Regierung denke nicht daran, die Universität aufzuheben. In gleicher Richtung sprachen der Fürst von Fürstenberg und Staatsrath Nebenius, welcher nachzuweisen suchte, daß ihr der wissenschaftliche Wirkungskreis, als katholische Anstalt nie entzogen werden könne.

Karlsruhe, 14. Juni. (Bad. Bl.) In der heutigen Sitzung unserer zweiten Kammer wurden über den als Motion aufgenommenen Antrag der Petitions-Commission auf Errichtung von Ackerbauschulen folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Die hohe Kammer wolle in einer unterthänigsten Adresse an den Großherzog um einen Gesekentwurf über die Errichtung von fünf Ackerbauschulen nach dem Muster der in Würtemberg bestehenden ähnlichen Anstalten mit den durch das Klima und die Culturverhältnisse in Baden bedingten Modificationen bitten, so jedoch, daß mit drei Ackerbauschulen einstweilen der Anfang gemacht werde. 2) Damit wolle die hohe Kammer die weitere Bitte verbinden, daß in das Budget für 1844—45 folgende Summen aufgenommen werden: a) 9000 fl. in das außerordentliche Budget für 1844 als Beitrag für die Anschaffung von Inventariestücken und die Herstellung eines Betriebsfonds; b) 9600 fl. in das nachträgliche Budget für 1845 als laufende Dotation für drei zu errichtende Ackerbauschulen. — Ein Gegenantrag des Abg. Mathy, wodurch auch Vereine in den Stand gesetzt werden sollten, Ackerbauschulen zu errichten, mit Gewährung von Staatszuschüssen, wurde mit großer Mehrheit verworfen.

Kassel, 17. Juni. — Das hiesige Provinzial-Wochenblatt enthält, auf Grund des §. 116 der Verfassungs-Urkunde, die öffentliche Bekanntmachung eines von dem Obergerichte in Kassel wegen eines Preßvergehens erlassenen Urtheils. Der Buchhändler Theodor Fischer hatte im J. 1841 einen Abdruck und die Ausgabe der 55sten Auflage des (bei Reimer in Berlin erschienenen) Kinderfreundes von Wilmsen bewerkstelligt, ohne das Werk der Censur vorgelegt zu haben; etwas, das er für überflüssig hielt, weil es bereits in einem andern Bundesstaate die Censur passirt habe. Da durch das Zuwiderhandeln des Angeklagten dem öffentlichen Interesse ein Nachtheil indess nicht erwachsen ist, das Buch auch notorischerweise vorher schon in Kurhessen allgemein verbreitet war, und die Druckerlaubnis nicht beanstandet sein würde, so wurde derselbe zu 5 Rtl. Geldstrafe, so wie in $\frac{1}{6}$ der Untersuchungskosten mit dem Beifügen verurtheilt, daß das Strafkenntniß veröffentlicht werden solle.

Dessau, 8. Juni. (Nach. 3.) Unsere Landstände, welche vor einiger Zeit in Köthen versammelt waren, sind eben so still auseinander gegangen, als sie zusammen gekommen waren. Schon seit längerer Zeit hatten sie von den Regierungen die Erlaubniß, sich nach anderthalb Jahrhunderten einmal wieder versammeln zu dürfen, erbeten. Nachdem dies Gesuch wiederholt abgewiesen worden, erklärten sie endlich, sich an den deutschen Bund wenden zu wollen. Hierauf wurde die Erlaubniß ertheilt. Einen Tag vor dem Zusammentreten der Landstände verreise der Herzog von Köthen.

Greiz, 14. Juni. — Der vor vier Monaten geborne Erbprinz ist heute gestorben.

Hamburg, 16. Juni. — In der vergangenen Nacht ist der Bürgermeister David Schlüter, jur. utr. Dr., in seinem 87sten Jahre gestorben.

Vom Main, 13. Juni. (Magdeb. 3.) Der Hof von St. James soll sich durch den Besuch des russischen Czars, dem französischen Hofe gegenüber, doch in einiger Verlegenheit befinden und die Königin Victoria alsbald nach der Ankunft des russischen Kaisers ein Schreiben an den König Ludwig Philipp erlassen haben.

Oesterreich.

Wien, 10. Juni. (L. 3.) Böhmisches Blätter beschäftigen sich neuerdings wieder mit der sonst so ziemlich ad acta gelegten Frage über den österreichischen Anschluß an den deutschen Zollverein und reden einer partiellen Anschließung das Wort, so etwa, daß Böhmen den Anfang machen könnte. Wer aus der Druckgestaltung für dergleichen Artikel schließen wollte, daß dem Gouvernement daran liege, auf die von ihm selbst berathene und etwa entschiedene Anschließung als auf ein nahe bevorstehendes Ereigniß vorzubereiten, der würde ungefähr eben so sehr irren, als wer bei den böhmischen Fabrikanten eine Popularität der Anschließungsfrage voraussetzen wollte. Die Bevölkerung im Allgemeinen hat zwar ihre immer lauter werdenden Wünsche, aber auch sie haben weit mehr eine Aufhebung der Binnenzölle in der Monarchie und eine Erleichterung des Verkehrs an den Grenzen zum letzten Ziel, als einen Beitritt zum deutschen Zollverein. Vorläufig würde sich aber der Handels- und Gewerbestand schon glücklich schätzen, wenn er nach Ueberstehung der Grenzbeschwerlichkeiten vor den Placereien der Hausvisitationen und sonstigen Geschäftscontrole sicher wäre.

Russisches Reich.

Warschau, 16. Juni. — Der hiesige Wollmarkt hat unter günstigen Auspicien begonnen. Es ist bereits eine ziemliche Quantität Wolle angelangt; bis gestern waren beinahe schon 10,000 Ctr. da. Auf jeden Fall werden die diesjährigen Preise bedeutend höher sein, als die vorjährigen.

Frankreich.

Paris, 14. Juni. — In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer hat der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Dumon, einen ausführlichen Vortrag gehalten für das System der Zusammenwirkung des Staats mit den Actiencompagnien bei Anlagen von Eisenbahnen. Heute hat die Kammer das von Herrn Muret de Bort in Antrag gestellte Amendement zu Gunsten des Systems der Eisenbahnbauten ganz auf Staatskosten verworfen.

Der Prinz von Joinville ist nach Toulon abgereist. Es soll ein Adjutant des Königs mit einer besondern Mission nach Marocco abgegangen sein.

Die acht weniger Schuldigen der unter dem Namen „der Thurm von Nesles“ bekannten verbrecherischen Gesellschaft sind von dem Zuchtpolizeigerichte zu 1, 2 und 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Am 12. war an der Börse das Gerücht verbreitet, General Lamorciere habe den Maroccanern in einem zweiten Gefechte eine arge Schlappe beigebracht: es sollte diese Nachricht auf telegraphischem Wege eingetroffen sein. Allein weder der Moniteur, noch ein anderes ministerielles Blatt hat bis jetzt dieses Gerücht bestätigt. Nach Marseille waren bis zum 10. keine neueren Nachrichten aus Algerien gelangt.

Der Impartial du Rhin schreibt: In Karlsruhe werden außerordentliche Anordnungen zu dem großen

Congress europäischer Fürsten getroffen, welcher Anfangs Juli daselbst stattfinden wird.

Der Courier de Lyon vom 12. schreibt: Gestern hat auf der Eisenbahn zwischen St. Romain und Givers ein Unglück Statt gehabt.

In dem gestern angeedeuteten Artikel der Débats über die Jesuiten in Algier heisst es am Schlusse: Seit ihrer Ankunft in der Kolonie bildet sich eine antidy-nastische Partei, die von Tag zu Tag zunimmt.

Spanien

Der Er-Marine-Minister Portillo, gegen den sich mit jedem Tage neue Anklagen erheben, ist unsichtbar geworden.

Portugal

(L. Z.) Nachrichten aus Lissabon vom 4. Juni melden, daß der Premierminister Costa Cabral gefährlich krank ist und die Ärzte an seiner gänzlichen Genesung zweifeln.

Großbritannien

London, 14. Juni. In der Sitzung des Unterhauses vom 12ten erklärte Sir James Graham auf eine Anfrage des Hrn. E. Buller, daß er Grund habe, zu glauben, der auf den irischen Staatsprozeß bezügliche Writ of Error werde spätestens in 24 Stunden in London eintreffen.

Im Oberhause erkundigte am 13ten Graf Glarendon sich nach den Details der zwischen Frankreich und Marocco stattgehabten Collision. Graf Aberdeen antwortete, diese Collision sei nur zufällig gewesen.

Zur Eröffnung der Verhandlungen über D'Connell's Cassations-Gesuch hat der Lordkanzler den 4ten Juli angefezt.

In D'Connell's Gefängniß werden jetzt keine Deputationen mehr zugelassen, auch soll der Besuch auf seine nächsten Freunde beschränkt bleiben.

In dem Meeting der Repeal-Association am 10ten erklärte Lord French, daß er nur nach Dublin gekommen sei, um dem Liberators Adressen zweier Kirchspiele in seiner Grafschaft zu überreichen.

falls ihn nicht seine Konstituenten dazu zwingen, denn er hasse die Engländer, weil sie die Irländer haßten.

Man versichert, daß unser Gouvernement von dem französischen Aufklärung wegen der marokkanischen Angelegenheit verlangt und daß dieses geantwortet habe, es ginge mit keinen Vergrößerungsplanen um.

Unsere Blätter geben nachträglich noch lange Verzeichnisse von den Geschenken, welche der Kaiser von Rußland bei seiner Abreise hat vertheilen lassen.

(Köln. Z.) Der Polenball, der am 10ten stattfand, wurde zu einer sehr glänzenden Demonstration der höheren Aristokratie und der Altiores gegen die Aufnahme, die der Kaiser gefunden hatte.

Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt aus Paris nach Londoner Berichten Folgendes über die Sache des Grafen Dstrowski: „Graf Dstrowski soll, als er das Bein-kleid des Kaisers bei seinem Schneider sah, demselben gesagt haben, er solle ihn als seinen Werkführer damit zum Kaiser schicken, um es anzuprobiren, da er dem Kaiser ein Anliegen vorzutragen habe, und nicht zu ihm gelangen könne; in welcher Aeußerung man den Plan zu einem Mordanfalle finden wollte.

Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt aus Paris nach Londoner Berichten Folgendes über die Sache des Grafen Dstrowski: „Graf Dstrowski soll, als er das Bein-kleid des Kaisers bei seinem Schneider sah, demselben gesagt haben, er solle ihn als seinen Werkführer damit zum Kaiser schicken, um es anzuprobiren, da er dem Kaiser ein Anliegen vorzutragen habe, und nicht zu ihm gelangen könne; in welcher Aeußerung man den Plan zu einem Mordanfalle finden wollte.

Dublin, 11. Juni. Es sind verschiedene Gerüchte, bezüglich einer Schlägerei zwischen Drangisten und Repealern in Bilturbet, Grafschaft Cavan, im Umlauf.

Niederlande

Haag, 12. Juni. Der Kaiser von Rußland hat während seines hiesigen Aufenthaltes zahlreiche Ordens-verleihungen vorgenommen.

Belgien

Brüssel, 14. Juni. Unsere zweite Kammer beschäftigt sich gegenwärtig mit einem Geses über den Tabak.

Brüssel, 14. Juni. Unsere zweite Kammer beschäftigt sich gegenwärtig mit einem Geses über den Tabak. Am 13ten hatte sich das Gerücht verbreitet, die belgische Kolonie zu Guatemala sei im Aufstand begriffen, die Behörden seien ermordet worden u. s. f.

Schweiz

Zürich, 14. Juni. Der Regierungsrath hat beschlossen, nachfolgenden Antrag für Instruction der Ehrengesandtschaft, betreffend die Jesuitenfrage, an den hohen großen Rath zu stellen: „Die Ehrengesand-

schaft wird Namens des Standes Zürich seine Ansicht dahin aussprechen, daß der Orden der Jesuiten durch seine Lehren und Missionen dazu beiträgt, die Stimmung der beiden Konfessionen in der Schweiz, der reformirten und der katholischen, gegenseitig zu erbittern und dadurch auf die freie Entwicklung einer nationalen Politik störend einwirkt.

St. Moritz, 12ten Junn. (Frankf. Journ.) Die Landleute, welche die Liberalen am Trient hingemordet haben, sind am Frohnleichnamsfest zu Bernayaz zusammengekommen, um die Beute zu theilen.

Von der Reuß, 10. Juni. (A. Z.) Im Wallis herrscht vollkommene Ruhe; der Großrath hat den Beschluß gefaßt, dem Manifest der katholischen Stände beizutreten, und seine Gesandtschaft angewiesen, in allen eidgenössischen Fragen, welche auf das religiöse Bezug haben, gemeinschaftlich mit den katholischen Ständen zu handeln.

Griechenland

Athen, 26. Mai. (Hess. Z.) Die Angelegenheit der Wahlen wird immer ernstlicher. Zu Egion (Vostiza), dem Geburtsorte des Andreas Londos, Ministers des Innern, sind die Parteien handgemein geworden.

(D. N. Z.) Das Kriegsministerium hat in neuester Zeit drei Rundschreiben erlassen, welche 1) das Verhalten der Offiziere, 2) das ungelesene Waffentragen, 3) die Ausfertigung der Militairabschiede betreffen.

Amerika

Das Dampfgeschiff „Britannia“, das am 14ten d. M. in Liverpool angekommen ist, bringt Nachrichten aus New-York vom 1. Juni.

In Liverpool angekommen ist, bringt Nachrichten aus New-York vom 1. Juni. Die große Versammlung der demokratischen Partei zur Verständigung über den vor ihr aufzustellenden Kandidaten zur Präsidentschaft ist am 27. Mai in Baltimore abgehalten worden und hat das unerwartete Resultat geliefert, daß die Majorität sich nicht für van Buren ausgesprochen hat.

